

SPD
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Volkmarsen

Fraktionsvorsitzender: **Bruno Kramer**
Am Krambühl 15, 34471 Volkmarsen, Tel. 05693/1856

Herrn
Burkhard Scheele
Über den Gärten 5

34471 Volkmarsen

17.11.2021

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die SPD-Fraktion bittet -nach den erfolgten Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss-, den nachfolgenden geänderten Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Beschlussfassung über den vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 wird auf die nächste/übernächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verschoben.

2. Bis zur Beschlussfassung über Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 legt der Magistrat dem Haupt- und Finanzausschuss (HFA) eine Aufstellung aller für 2022 vorgesehenen einmaligen Maßnahmen und Projekte des Ergebnishaushaltes sowie aller Investitionen (Finanzhaushalt) jeweils über **50.000 €**, auch der bereits begonnenen, vor und klassifiziert sie mit sehr wichtig, wichtig oder wünschenswert.
Des Weiteren soll zu jeder Maßnahme/jedem Projekt ausgeführt werden:
 - a) Stand der Planung/Umsetzung
 - b) Noch zu stoppen/noch zu verschieben; wenn Nein! Begründung
 - c) Höhe der jährlichen Belastungen im Ergebnishaushalt der Folgejahre
 - d) Jährliche Belastung der Folgejahre in Hebesatzpunkten der Grundsteuer B.

3. **Ab dem Haushaltsjahr 2022 werden dem HFA erhebliche Abweichungen (<10 %) von den Kostenschätzungen und Ausschreibungsergebnissen zu Planansätzen bei Baumaßnahmen unverzüglich zur Kenntnis gegeben. Gleiches gilt für die Feststellung von finanziellen Planabweichungen.**

gen während der Bau- und Umsetzungsphase.

4. Bis zur Beschlussfassung über Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 ist ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) mit dem Ziel zu erarbeiten vorzulegen, den Haushaltsausgleich in Ergebnis- und Finanzrechnung kurz- bis mittelfristig wiederherzustellen.

Begründung:

Die SPD-Fraktion macht sich große Sorgen um die finanzwirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt und befürchtet, dass Beschlussfassungen in der jüngeren Vergangenheit und auch der kurzfristig geplanten zukünftigen Projekte (zu der auch wir meist zugestimmt haben) dazu führen werden, dass wir mittelfristig das Heft des finanzpolitischen Handelns, wie bei dem Sprung unter den Rettungsschirm des Landes, wieder aus der Hand geben.

In einem trotz der Corona-Krise vernünftigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld, mit weiter guten Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen auf Rekordniveau (siehe Ansatz der Gewerbesteuer 2022 ff.) gelingt es im Haushaltsjahr 2022 nur durch einen Griff in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren den Ergebnishaushalt auszugleichen. Ähnliches gilt für den Ausgleich des Finanzhaushaltes.

Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung lässt leicht erkennen, dass sich die negative finanzwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2023 ff. fortsetzt. Die oben angesprochenen Rücklagen zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes werden daher schnell aufgezehrt sein.

Noch schlimmer sieht es im Finanzhaushalt aus. Da die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nicht mit tatsächlichen Geldmitteln ausgestattet ist, werden wir den Finanzhaushalt 2023 bereits nicht mehr ausgleichen können.

Zu einer weiteren Verschärfung der Situation wird, sofern er denn eintritt, auch der geschätzte Verlust von ca. 300 Einwohnern bis zum Jahr 2025 beitragen.

Gehen wir gemeinsam davon aus, dass wir in den Rettungsschirmjahren bereits alle Aufwendungen, wo möglich, auf das notwendigste reduziert haben, bleiben zum notwendigen Ausgleich des Finanzhaushaltes ab 2023 nur noch Steuererhöhungen und für den Ausgleich des Ergebnishaushaltes lässt sich dieser Zeitpunkt auch relativ leicht prognostizieren.

Die Stadtverordnetenversammlung, wir alle, sind also nicht erst für den Haushalt 2023, sondern bereits für diesen Haushalt aufgefordert, unsere Finanzpolitik auf den Prüfstand zu stellen und zu überdenken.

Wir müssen bereit sein, auch bereits beschlossene Maßnahmen/Projekte zu streichen oder zu verschieben – auch, wenn das weh tut.

Wir müssen wieder, wie in den Haushaltsgrundsätzen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) gefordert, dass Stabilitäts- und Wachstumsgesetz beachten und antizyklisch investieren. Davon sind wir derzeit weit entfernt.

Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern plastisch aufzeigen, wie sich Projekte/Maßnahmen in der Zukunft für sie auswirken (Hebesatzpunkte). Nur so, werden Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung, von uns, transparent und nachvollziehbar.

Wir müssen die von allen Fraktionen gemeinsam erarbeiteten Ziele und Kennzahlen zur Grundlage unseres finanzwirtschaftlichen Handelns machen. Da sind wir gemeinsam auf dem richtigen Weg - leider weichen wir zu oft und zu leicht von insbesondere den Zielen der finanziellen Nachhaltigkeit ab.

Letztlich müssen wir ein wachsames Auge auf die finanzielle Entwicklung von laufenden Maßnahmen haben. Ggfls. müssen Maßnahmen auch einfach mal gestoppt werden.

Wir hoffen, dass alle Fraktionen die Sorgen der SPD-Fraktion hinsichtlich der finanziellen Entwicklung unserer Stadt teilen und unserem Beschlussvorschlag mitgehen können. Sehr gern können auch weitere, zielführende Vorschläge in unseren Beschlussvorschlag eingearbeitet werden.

Gern stehen wir auch für ein informelles Gespräch aller Fraktionen zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt und zur Erarbeitung eines HSK zur Verfügung. Nur, wenn wir möglichst alle zusammen in die richtige Richtung gehen, wird unser Handeln von Erfolg gekrönt werden.



Bruno Kramer
Fraktionsvorsitzender